Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Nächtliche Ausgangssperren: Oxford-Studie für Deutschland nur bedingt aussagekräftig
2. Es spricht ein Krankenhaus-Chefarzt und Pneumologe, der es nie in die Tagesschau schaffen würde
3. Wie lange noch? Die Regierung kann Freiheitsrechte nicht ewig in Quarantäne schicken
4. Hartz 4: Neuer Bonus macht Probleme – SPD äußert Vorwürfe
5. Arbeitsschutz während Corona: 15 Prozent weniger Kontrollen
6. Karlsruhe for Future
7. Verbände kritisieren Scheitern von Whistleblowing-Gesetz
8. Mehr Schein als Sein
9. „The Illusion of US and British Government Aid
10. Einmischung der EU ins Südchinesische Meer nicht klug
11. Beschaffung von Schutzausrüstung – Diese Abgeordneten waren involviert
12. Das Letzte: Eine Spur führt ins Querdenker-Milieu

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Nächtliche Ausgangssperren: Oxford-Studie für Deutschland nur bedingt aussagekräftig**
   Mit den Stimmen der Regierungsfraktionen hat der Bundestag eine Novelle des Infektionsschutzgesetzes und damit auch nächtliche Ausgangssperren ab einer Inzidenz von 100 beschlossen. Ihre Wirksamkeit werde durch wissenschaftliche Studien gestützt, heißt es in der Gesetzesbegründung. MONITOR-Recherchen

zeigen nun: Eine der für die Regierungsfraktionen zentralen Studien von der Universität Oxford lässt sich nicht eins zu eins auf die aktuelle Situation in Deutschland übertragen. Darauf weisen die Studienautoren selbst hin und betonen eine „große Unsicherheitsmarge“.
Quelle 1: Monitor
Quelle 2: Monitor Beitrag

dazu auch: Die Datenerhebungskatastrophe
Das Pandemiemanagement der Bundesrepublik baut auf einem Corona-Monitoring auf, das diese Bezeichnung nicht verdient. Die Politik weiß bis heute kaum, was genau sie mit ihren Lockdown-Maßnahmen bewirkt und wer sich warum infiziert. Wie konnte das passieren? Eine Spurensuche.
IM NACHHINEIN ist es leicht, Prognosen zu kritisieren. Zum Beispiel die des Robert-Koch-Instituts (RKI), derzufolge die bundesweite 7-Tages-Inzidenz schon Mitte April die 350 überschritten haben und mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit zumindest deutlich über 200 liegen sollte. Womöglich aber auch schon bei über 500. Tendenz: weiter stark steigend.
Tatsächlich meldete das RKI für Anfang dieser Woche eine Inzidenz von 169, Tendenz: unklar. Wie haben sich die Modellierer derart verrechnen können?
Die Antwort: Sie haben sich nicht verrechnet. Jede Aussage über die Zukunft ist nur so gut wie das ihr zugrunde liegende Wissen über die Gegenwart. Mit anderen Worten: Die Prognostiker vom RKI und anderswo füttern ihre Modelle mit den aktuellsten Daten über den Verlauf der Pandemie. Und die sind mies in Deutschland. So mies, dass es für Politik, Wissenschaft und Verwaltung peinlich ist. Und für die Corona-Bekämpfung ein gefährliches Manko.
Quelle: Jan-Martin Wiarda

2. **Es spricht ein Krankenhaus-Chefarzt und Pneumologe, der es nie in die Tagesschau schaffen würde**
In den wichtigen Medien haben wir zur Vorbereitung des verschärften Infektionsschutzgesetzes viele Mediziner und Medizinfunktionäre mit Warnungen vor dramatischen Zuständen in den Krankenhäusern gehört. Mir schien das schon immer arg ausgewählt einseitig. Ärzte, die etwas anderes berichten und anders urteilen, kommen bestenfalls in wenig beachteten Regionalzeitungen zu Wort, wie sich jetzt an einem Interview des Chefarztes der St.-Barbara-Klinik Hamm, Dr. Markus Unnewehr, zeigt.
Unnewehr wendet sich in einem Interview mit dem Westfälischen Anzeiger gegen die Darstellung der Lage als äußerst kritisch und verweist auf positive

Signale, obwohl die westfälische Großstadt zum Zeitpunkt des Interviews (22.4.) eine Test-Inzidenz von knapp 250 positiv Getesteten je 100.000 Einwohner hatte. In Hamm sei die Quote der im Krankenhaus behandelten Covid-Patienten seit Beginn der Pandemie kontinuierlich zurückgegangen. Seit Weihnachten/Neujahr habe sie sich nochmals halbiert und liege nunmehr bei 7%. Ähnlich sei es mit den tödlichen Verläufen. Zum Jahreswechsel habe die Quote bei etwa 4% gelegen, jetzt liege sie bei einem Prozent. Die Belegungszahlen auf den Intensivstationen seien nur bedingt aussagekräftig. Häufig würden dort Patienten für ein, zwei Tage beobachtet und anschließend wieder auf eine Normalstation verlegt.
„Die Lage ist entspannt, und das schon seit Monaten“, sagt der Mediziner, trotz der stark gestiegenen Inzidenz in Hamm. Sollte es tatsächlich noch einmal ein größeres Ausbruchsgeschehen geben (was er nicht glaube), könnten binnen weniger Tage beispielsweise geplante Operationen abgesagt und zusätzliche Kapazitäten geschaffen werden.
Unnewehr führt die entspannte Lage auf den Impffortschritt bei den besonders Gefährdeten zurück. Weil bald die gesamte Risikopopulation geimpft sei, empfiehlt er über Lockerungen der Corona-Restriktionen nachzudenken.
Quelle: Norbert Häring

3. **Wie lange noch? Die Regierung kann Freiheitsrechte nicht ewig in Quarantäne schicken**
   Seit mehr als einem Jahr ertragen wir kollektiv und solidarisch massive Einschränkungen unserer Grundrechte und Freiheiten, um damit das gefährliche Virus einzudämmen und das Leben und die Gesundheit vieler Menschen zu schützen. Dies ist kein Normalzustand, denn Grund- und Freiheitsrechte lassen sich nicht ewig in Quarantäne schicken.
   Seit dem Beginn der Pandemie haben wir deshalb auf den Moment hin gefiebert, in dem die rettende Impfung gegen das Coronavirus uns das Tor zurück in ein Leben mit Kontakten, mit Kultur, mit persönlicher Zuwendung öffnet. Dieser Moment ist mit fortschreitendem Impfen nun da. Aber leider geht die Hängepartie für unsere Grundrechte trotzdem weiter. Daran hat auch der Impfgipfel nichts geändert. Eine „MPK der Hoffnung“ – wie Ministerpräsident Söder und die Kanzlerin beteuerten – war das Treffen der Ministerpräsidentinnen und -präsidenten aus Sicht der Geimpften nicht.
   Quelle: Focus Online

   dazu: Lambrecht kündigt Lockerungen für Geimpfte an
   Vollständig Geimpfte und Genesene sollen in der Corona-Krise wieder mehr

Rechte bekommen. Insbesondere von Auflagen für private Treffen und nächtlichen Ausgangsbeschränkungen sollen diese Gruppen ausgenommen werden. Das geht aus einem Verordnungsentwurf hervor, das mehreren Medien vorliegt. Das Justizministerium versandte den Vorschlag am Donnerstag an die anderen Bundesministerien. Bundestag und Bundesrat müssen zustimmen. Wenn es nach der SPD geht, soll das in der kommenden Woche geschehen.
„Das Grundgesetz lässt Einschränkungen unserer Grundrechte nur zu, wenn es hierfür eine besondere Rechtfertigung gibt. Der Schutz von Leben und Gesundheit in der Pandemie ist eine solche Rechtfertigung“, sagte Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. „Wenn aber jetzt belegt ist, dass von vollständig Geimpften und Genesenen keine besondere Gefahr mehr ausgeht, dann müssen wir die Einschränkungen ihrer Grundrechte zurücknehmen. Es geht hier nicht um Sonderrechte oder Privilegien, sondern um ein zentrales Gebot unseres Rechtsstaats.“
Im Entwurf steht: „Das heißt, dass es geimpften und genesenen Personen zukünftig wieder möglich sein wird, ohne vorherige Testung zum Beispiel Ladengeschäfte zu betreten, Zoos und botanische Gärten zu besuchen oder die Dienstleistungen von Friseuren und Fußpflegern in Anspruch zu nehmen.“
Quelle: Süddeutsche

Anmerkung JK: *Es ist unfassbar, die Bundesjustizministerin stellt, die im Grundgesetz verbrieften, Grund- und Freiheitsrechte unter Vorbehalt. Diese gelten nach Auffassung der Justizministerin also nicht mehr universell für jeden Bürger, sondern können nach Lust und Laune über eine einfache behördliche Verordnung entzogen oder gewährt werden. Dazu unterstellt Lambrecht jeden nichtgeimpften Bürger, dass von ihm angeblich eine „besondere Gefahr“ ausgeht. Das ist also der Blick der Justizministerin auf den demokratischen Souverän. Und wie gedenkt Lambrecht dann in Zukunft mit diesen „Gefährdern“ der Volksgesundheit umzugehen? Sollten diese nicht nur vom normalen Alltagsleben ausgrenzt, sondern vielleicht gar interniert werden bzw. ist die Aufhebung der Ausgangssperre für Geimpfte im Grunde nicht bereits die Internierung nichtgeimpfter Bürger? Wie Lambrecht überhaupt ein seltsames Demokratieverständnis aufweist. So hatte sie erst vor kurzem in einem Zeitungsinterview anlässlich der Proteste gegen die Coronamaßnahmen, die Polizei zu einem harten Vorgehen gegen Kritiker der Coronapolitik der Bundesregierung aufgefordert.*

Siehe dazu auch: Impf-Debatte: Anleitung zur Spaltung der Gesellschaft und: Niemand hat die Absicht, eine Impf-Mauer zu errichten!

4. **Hartz 4: Neuer Bonus macht Probleme – SPD äußert Vorwürfe**
   Als Teil des Corona-Aufholprogramms sollen Familien finanziell unterstützt werden. Mit der Umsetzung gibt es jedoch noch Probleme.
   - Insgesamt 100 Euro pro Kind – so viel sollen Hartz-IV-Familien einmalig ausgezahlt bekommen, wenn es nach den Plänen der SPD geht
   - Doch in der großen Koalition ist ein Streit um den neuen Hartz-IV-Bonus entbrannt
   - Die SPD macht der Union Vorwürfe, das Vorhaben zu blockieren – die Partei übt jetzt Druck aus

   Können sich bedürftige Familien bald über einen einmaligen Zuschuss von 100 Euro pro Kind etwa für Sport- und Freizeitaktivitäten freuen? Das war zumindest der Plan. Die Leistung ist Teil des Corona-Aufholprogrammes, das SPD-Chefin Saskia Esken am Montag in Berlin angekündigte.
   Es sollte an diesem Dienstag im Bundeskabinett auf den Weg gebracht werden. Doch dazu kam es nicht. Die SPD wirft der Union nun eine Blockade beim geplanten Corona-Aufholprogramm für Kinder und Jugendliche vor.
   „Anscheinend sind Kinder und Familien der Union längst nicht so wichtig wie irgendwelche Immobilieninvestoren“, sagte SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil dem „Spiegel“.
   Quelle: WAZ

5. **Arbeitsschutz während Corona: 15 Prozent weniger Kontrollen**
   Die Zahl der Arbeitsschutzkontrollen ist 2020 deutlich gesunken. Die Bundesländer begründen dies mit der Corona-Pandemie. Doch schon zuvor wurden deutsche Betriebe im Schnitt nur alle 25 Jahre überprüft.
   Im Corona-Jahr 2020 gab es rund 15 Prozent weniger Arbeitsschutzkontrollen in Betrieben im Vergleich zum Vorjahr. Das geht aus Zahlen des Länderausschusses für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik (LASI) hervor, die dem ARD-Magazin Monitor exklusiv vorliegen.
   Angesichts der Corona-Pandemie schätzen Expertinnen und Experten diese Zahlen als besorgniserregend für den Arbeitsschutz ein. Sie gehen wegen der

Corona-Pandemie von einem deutlich höheren Kontrollbedarf aus – vor allem im Hinblick auf die Hygienebestimmungen.
Die Daten der Bundesländer zeigen, dass die Zahlen der Kontrollen in Betrieben von 61.864 aufgesuchten Betriebsstätten im Jahr 2019, auf 50.366 im Jahr 2020 (1. Januar bis 15. Dezember) zurückgegangen sind.
Quelle: Tagesschau

6. **Karlsruhe for Future**
   Das Bundesverfassungsgericht erklärt das deutsche Klimagesetz für verfassungswidrig – und fordert „Entwicklungsdruck“ für klimaneutrale Lösungen. […]
   Dabei hatte das Gericht eine Nachbesserung des Klimaschutzgesetzes gefordert. Die Reduzierung der Treibhausgase ab 2030 soll jetzt schon festgelegt werden, damit sich die Gesellschaft besser und schneller auf die erforderliche Klimaneutralität vorbereiten kann. Nur so könnten unverhältnismäßige Eingriffe in die Freiheit künftiger Generationen vermieden werden.
   Quelle: taz

   Anmerkung Jens Berger: *Schon interessant. Dasselbe Verfassungsgericht, das keine Probleme damit hat, dass Generationen von Mietern die sozioökonomische Zukunft geraubt wird, spielt sich im Klimakontext als Anwalt kommender Generation auf. Ihr könnt zwar verarmen, aber bitte belastet dabei das Klima nicht. Zweifelsohne zwei Urteile, die voll im Zeitgeist liegen.*

7. **Verbände kritisieren Scheitern von Whistleblowing-Gesetz**
   Die Organisationen Whistleblower-Netzwerk, Transparency Deutschland und die Gesellschaft für Freiheitsrechte kritisieren das Scheitern des Whistleblowing-Gesetzes in der Koalition und fordern eine umfassende Umsetzung der EU-Richtlinie zum Schutz von Hinweisgeber*innen. Das SPD-geführte Bundesjustizministerium hatte im Dezember einen Entwurf vorgelegt, der von der CDU/CSU jetzt abgelehnt worden ist, weil er über die EU-Vorgaben hinausgeht. Damit wird die Chance vertan, noch in dieser Legislaturperiode einen umfassenden Schutz für Whistleblower*innen gesetzlich zu verankern.
   Die EU beschränkt sich aufgrund ihrer Gesetzgebungskompetenzen notgedrungen auf den Schutz von Whistleblower*innen im Bereich unionsrechtlicher Vorschriften. Würde man mit einem deutschen Gesetz nicht über die EU-Vorgaben hinausgehen, bedeutete das konkret: Wenn es in einem Unternehmen sowohl zu geringfügigen Datenschutzverletzungen als auch zu

Nötigungen oder gar sexuellen Übergriffen kommt, so wären Beschäftigte bei einer Meldung der Datenschutzverletzungen durch das Gesetz geschützt, nicht hingegen bei einem Hinweis auf den Machtmissbrauch, da hier „nur“ deutsches Strafrecht betroffen ist.
Quelle: Whistleblower Netzwerk

8. **Mehr Schein als Sein**
   Joe Biden wird derzeit medial mit Lob überschüttet. Doch der Abzug der USA aus Afghanistan zeigt: Die Realität hinter dem Hype ist ernüchternd. […]
   Zwar passt die mediale Lobhudelei, mit der die Rückzugsankündigung aus Afghanistan begrüßt wurde, zum allgemeinen Tenor der bisherigen Berichterstattung zur Biden-Regierung. Aber sie ist aus mehreren Gründen befremdlich. Dieselben Medien, die jetzt Lobeshymnen anstimmen, haben in den vergangenen drei Jahren jedes Mal empört reagiert, wenn Trump andeutete, sich aus Afghanistan zurückziehen zu wollen – eine der wenigen guten Absichten während seiner Amtszeit.
   Das geschah zuletzt erst vor wenigen Monaten. Jahrelang wurde die Selbstverständlichkeit, mit der Trump Ratschläge militärischer Führungskräfte überging und ignorierte, insbesondere was Truppenabzüge betrifft, als eine seiner skandalösesten Verhaltensweisen dargestellt; aber jetzt, da Biden dasselbe tut, gilt es plötzlich als mutig und rechtschaffen.
   Noch bedeutender ist jedoch: Es war gar nicht Biden selbst, der den Rückzug aus Afghanistan erklärt hat. Ein solcher Rückzug war bereits im letzten Jahr ausgehandelt worden, als Trump – im Wahljahr um den Wahlsieg kämpfend – in einem Deal den Taliban zusicherte, das Land bis Mai dieses Jahres zu verlassen.
   Quelle: IPG Journal
9. **„The Illusion of US and British Government Aid**
   Over the last fifty years, rich countries claim that they have given over $2 trillion in aid to poor countries. Despite this, many people in poor countries still live in poverty. This has led to some commentators suggesting that aid is pointless. However, the figure of $2 trillion is misleading. A closer look at government aid reveals that not only is the total spending quite small, but very little of it is genuinely used for development. The poorest people receive very little.[ii] Government aid from Britain and the US actually has other purposes. It is primarily a tool to help governments pursue their foreign policies. It benefits our exporters, it cements relationships with leaders in other countries, and it can be used to persuade other countries to change their economic systems.
   The Ultimate Example of Aid Propaganda — The Marshall Plan

After World War 2, the US came up with a system of aid called the Marshall Plan. This was to help re-build Europe and is often used by the mainstream media as an example of America's generosity. In fact, the primary focus of the Marshall Plan was to help US companies develop markets abroad so they could export more.[iii] At the time, US exporters faced a possible crisis because European countries had no money. […]
Approximately a quarter of aid goes on 'technical assistance'. This is where overpaid consultants from rich countries advise poor countries. In Cambodia $50 million was spent on 700 international consultants. The same money could have paid for thousands of jobs for Cambodians.[xiii] Politicians also now include debt relief as aid. Much of this aid has been described as phantom aid. […]
Rich Countries Extract Wealth From Poor Countries
Aid could make a significant contribution to decreasing poverty, if all of it were used well. Coordinated efforts to deal with diseases in poor countries, such as malaria, could make a big difference to the lives of hundreds of millions of people. Unfortunately, as we saw in earlier posts, poor countries send $2trillion/year more to rich countries than they receive.[xxv] Most US and UK policies are intended to extract wealth from poor countries, through tax havens, debt, exploitation, war, and plunder. Leading analysts recently said: "aid resources are…often misdirected. They are increasingly being deployed in ways that exacerbate rather than eradicate poverty."
Quelle: ElepantsInTheRoom

Anmerkung Moritz Müller: *Nicht nur angesichts der weiter rasant gestiegenen weltweiten Rüstungsausgaben (Insgesamt fast 2000 Mrd Dollar) kann man sich mit dem Thema, wie Wohlstand global verteilt ist, nicht oft genug auseinandersetzen."*

10. **Einmischung der EU ins Südchinesische Meer nicht klug**
Vor kurzem hat die EU eine „Strategie der Europäischen Union über die Kooperationsstrategie vom Indischen Ozean und Pazifischen Ozean" angenommen. Darin hieß es, das Gültigkeitsausmaß des „EU-Projekts II hinsichtlich der ausschlaggebenden Fahrrinnen im Indischen Ozean" werde sich auf Süd- bzw. Südostasien ausbreiten. Diese Handlungsweise wird von der internationalen Gemeinschaft aufmerksam beobachtet. Die britische Presseagentur Reuters berichtete, obwohl in dieser Strategie China nicht klar erwähnt werde, könne diese Erklärung der EU als ein Signal zur Unterstützung

für die Asien-Pazifik-Strategie der amerikanischen Biden-Regierung betrachtet werden.
Im März hatte die deutsche Bundesregierung angekündigt, dass die Fregatte „Bayern“ zum Besuch nach Asien reisen werde. Bei der Rückreise werde sie durch das Südchinesische Meer fahren. Falls die passieren würde, wäre es die erste Durchfahrt eines deutschen Militärschiffs durch das Südchinesische Meer seit 2002.
Der SPD-Fraktionschef im deutschen Bundestag, Rolf Mützenich, lehnt eine militärische Einmischung Deutschlands in die Indopazifische Region ab. Er kritisiert, die deutsche Bundesregierung habe bei der diplomatischen und militärischen Politik nur Militärkräfte und Bedrohungen genutzt. „Eine Einmischung ins Südchinesische Meer mit einem Militärschiff ist ein absoluter Fehler.“
Als eine wichtige Kraft in der multipolarisierten Welt soll die EU die Chancen fest am Schopf packen und tatkräftig Frieden und Prosperität in der Indopazifischen Region wahren, wovon sie auch profitieren wird. Sie soll sich nicht wie die USA ins Südchinesische Meer einmischen. Der deutsche Bundesaußenminister Heiko Maas sagte am 21. April, trotz mehrerer Meinungsverschiedenheiten sei es für Deutschland immer noch notwendig, mit China Kontakte zu pflegen. „Eine Abkoppelung von China ist eine fehlerhafte Handlungsweise“, sagte er.
Quelle: CRI online

dazu: Verteidigungsministerium: Chinas hält an Frieden und Stabilität im Südchinesischen Meer fest
In Reaktion auf Medienberichte, die die Inbetriebnahme einer Reihe neuer chinesischer Marineschiffe als „Machtdemonstration“ gegenüber Anrainerstaaten des Südchinesischen Meeres bezeichnet hatten, betonte Ministeriumssprecher Wu, dass die Entwicklung von Waffen und militärischer Ausrüstung mit Blick auf die nationale Sicherheit und die Entwicklung eines Landes durchgeführt werde. Dies sei in allen Ländern der Welt gängige Praxis. China halte am Weg der friedlichen Entwicklung fest und verfolge entschlossen eine defensive nationale Verteidigungspolitik.
Am selben Tag erklärte der Sprecher, dass US-Spekulationen über eine so genannte „China-Bedrohung“ pathologische Züge trügen. Er fügte außerdem hinzu, dass der Zerstörer USS Mustin vor einigen Tagen chinesische Marineformationen aus nächster Nähe beobachtet habe, bevor er von diesen vertrieben worden sei.

Quelle: CRI online

11. **Beschaffung von Schutzausrüstung – Diese Abgeordneten waren involviert**
Die Maskenaffäre in CDU und CSU hat die Union stark beschädigt. Das Gesundheitsministerium hat nun eine Liste mit Abgeordneten zusammengestellt, die in Geschäfte involviert waren.
Haben sich noch weitere Abgeordnete mit Geschäften rund um die Bekämpfung der Corona-Pandemie bereichert? Diese Frage wird seit Wochen diskutiert, nach und nach kamen neue Namen und immer höhere Beträge an geflossenen Summen ans Licht.
Das Bundesgesundheitsministerium will nun für mehr Transparenz sorgen und hat eine Liste mit 40 Bundestagsabgeordneten zusammengestellt, zu denen das Ministerium im vergangenen Jahr Kontakt hatte oder die Verträge zur Anschaffung von Corona-Schutzausrüstung vermittelt haben. Diese Liste liegt ZDFheute vor. Sie können Sie am Ende dieses Beitrags durchsuchen. Auf der Liste sind neben dem in der Maskenaffäre zurückgetretenen Unionsfraktionsvize Georg Nüßlein (ehemals CSU) auch die Bundesminister für Verkehr und Gesundheit, Andreas Scheuer (CSU) und Jens Spahn (CDU), aufgeführt. Die stellvertretende SPD-Fraktionschefin Bärbel Bas findet sich ebenfalls in der Aufzählung.
Quelle: ZDF
12. **Das Letzte: Eine Spur führt ins Querdenker-Milieu**
Auch wenn es anfangs wie eine dezentrale Bewegung aussah: #allesdichtmachen hatte einen Kopf. Und sie war professionell geplant. Das ergibt eine Spurensuche, eine Woche nachdem die Aktion online ging. Dabei tauchen immer neue Unstimmigkeiten auf. (…)
Auffällig ist die Zahl der TV-Kommissar:innen, die bei #allesdichtmachen dabei sind. Aber kein Zufall. Hinter der Kampagne stecken zwei gestandene „Tatort“-Regisseure, neben Brüggemann (drei Episoden) auch Thomas Bohn, der in seinem Portfolio 20 Episoden vorzuweisen hat, davon neun mit Ulrike Folkerts. Die Dichte an „Tatort“-Ermittlern lässt also weniger auf ein Querdenker-Problem bei den Öffentlich-Rechtlichen schließen. Es legt vielmehr den Verdacht nahe, dass Brüggemann und Bohn im erweiterten Bekanntenkreis Mitstreiter:innen rekrutierten. 14 Beteiligte haben in der Vergangenheit mit Brüggemann gearbeitet.
Die als repräsentatives Statement aus der deutschen Fernsehöffentlichkeit angekündigte Kunstaktion entpuppt sich bei genauerem Hinsehen eher als die

Kampagne einer kleinen Gruppe – mit undurchsichtiger Agenda. (…)
Quelle: Tagesspiegel

Anmerkung Tobias Riegel: *Gleich vier Autoren haben sich an diesem pseudo-investigativen Beitrag versucht. Der durch die vielen Köche nach einer „Spurensuche“ aufgedeckte Skandal ist nach Sicht des „Tagesspiegel“, dass der Dreh zu #allesdichtmachen nicht in anarchischer Einzelperformance zustande kam, wie das anscheinend im Rückschluss beim täglichen Produkt „Tagesspiegel“ der Fall ist. Statt dessen gab es doch tatsächlich Menschen, die das Projekt organisiert haben – „in klandestinen Strukturen“ natürlich. Alles höchst verdächtig jedenfalls.*

dazu auch: Wie #allesdichtmachen ein Erfolg hätte werden können
Humor sorgt für Aufmerksamkeit, Zynismus unterbindet Debatten: Insofern hat die umstrittene Aktion von ursprünglich mehr als 50 Schauspielern fulminant funktioniert und ist gleichzeitig grandios gescheitert. Woran lag es?
Quelle: DER SPIEGEL

Anmerkung Jens Berger: *Man muss den Artikel nicht lesen, denn die Antwort liegt auf der Hand. Der größte „Fehler“ der Schauspieler war es, ihre politische Kritik mit Kritik an den Medien zu verbinden. Das ist in Deutschland eine Todsünde … zumindest aus Sicht der meinungsbildenden Medien und derer, die von ihnen abhängen. So wie der Politiker Jens Spahn, den dieses Thema offenbar tief bewegt: „Was mich allerdings wirklich stört, ist die vielfach behauptete These, wir hätten in unserem Land gleichgeschaltete Medien, die nur die Regierung beklatschen“, so Spahn. Da hat er bei den Leitartiklern nun sicher wieder einen Stein im Brett und wird gute Schlagzeilen bekommen. Die Botschaft an künftige Protestaktionen: Lobt die Medien über den grünen Klee, dann gibt es auch keinen Shitstorm.*